

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 30. JG. 1 | 17

Protesthandeln und Extraktivismus: Das Beispiel der YASunidos-Bewegung in Ecuador¹

Katharina Schwirkus

1| Einleitung

Im Zuge des weltweiten Rohstoffbooms hat sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts der Rohstoffabbau in Lateinamerika stark ausgeweitet. Politisch legitimiert werden neue Bergbau- und Erdölförderprojekte sowie die Ausweitung agrarindustrieller Produktion häufig mit der Notwendigkeit der Armutsbekämpfung. Diese programmatische Verknüpfung von Rohstoffförderung und Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften unter dem Schlagwort Neo-Extraktivismus kritisch untersucht und diskutiert. Der Begriff dient als Beschreibung eines Entwicklungs- und Wirtschaftsmodells, das maßgeblich auf der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und deren Export beruht. Zentrale Charakteristika sind eine hohe Abhängigkeit vom Weltmarkt und eine stetige räumliche Expansion (Svampa 2012, Gudynas 2012). Die Vorsilbe „Neo“ beschreibt die Fortsetzung dieses Modells unter neuen politisch-institutionellen Vorzeichen: Seit Beginn der 2000er Jahre nutzen Reformregierungen der Region, etwa in Bolivien, Ecuador und Venezuela, staatliche Mehreinnahmen aus der Rohstoffförderung zur Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zu verbessern. Im Neo-Extraktivismus nimmt der Staat eine zentrale Rolle ein. Durch Steuern, Förderabgaben und den Ankauf von Unternehmensaktien erlangt der Staat

eine höhere Kontrolle über Rohstoffgeschäfte (Acosta 2011: 100ff.). Neben den ökologischen und ökonomischen Folgen rohstoffbasierter Entwicklung diskutieren Wissenschaftler_innen auch die Konsequenzen eines solchen Modells für politische Herrschaftsverhältnisse (FDCL/RLS 2012, Brand/ Dietz 2014: 131). Während Befürworter_innen des Modells die positiven sozialpolitischen Effekte hervorheben (Boris 2013) – zwischen 2000 und 2013 ist es etwa in Ecuador und Venezuela gelungen, den Anteil der armen Bevölkerung zu halbieren (von 31,8 Prozent auf 12 Prozent und von 18 Prozent auf 9,8 Prozent) und soziale Ungleichheit abzubauen (CEPAL 2015: 61f) – weisen Kritiker_innen auf ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen einer hohen Rohstoffabhängigkeit des Staates und der Demokratie hin (Meschkat 2013: 121).

Der folgende Artikel leistet einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung. Am Beispiel der Umweltbewegung YASunidos², die seit 2013 gegen die Erdölförderung im Regenwald Yasuní-ITT³ in Ecuador mobilisiert, analysiere ich das Entstehen und Handeln sozialer Protestakteure im Spannungsverhältnis von Rohstoffabbau und Demokratie.

Die ecuadorianische Regierung unter Präsident Rafael Correa (seit 2007 im Amt) hatte 2013 die internationale Yasuní-ITT-Initiative aufgekündigt und die Förderung des Öls im Block 43 des Yasuni-

Nationalparkes entschieden. Die Yasuní-ITT-Initiative war 2007 auf Bestreben der ecuadorianischen Zivilgesellschaft und des damaligen Ministers für Energie und Bergbau, Alberto Acosta, von Präsident Correa verabschiedet worden und sah vor, die geschätzten 920.000 Barrel Erdöl⁴ der ITT-Quellen nicht zu fördern und forderte hierfür internationale Kompensationszahlungen in der Höhe von 3,6 Milliarden US-Dollar. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Erdölförderung in Ecuador wird seit Aufkündigung der Initiative seitens der Regierung blockiert (vgl. Bayón 2014). YASunidos machte in ihrer Mobilisierung Gebrauch von neuen politischen Teilhaberechten, die in der Verfassung Ecuadors von 2008 verabschiedet wurden, und versuchte im Jahr 2014 ein nationales Referendum über die Erdölförderung im Yasuní-ITT zu initiieren. Die Regierung Correa unterdrückte die aufstrebende Umweltbewegung, indem sie in der Verfassung verankerte Bürger_innenrechte außer Kraft setzte und das geforderte Referendum damit verhinderte. Für die Forderung, das Schicksal des Yasuní-ITTs von der Zustimmung aller Ecuadorianer_innen abhängig zu machen, erhielt die Bewegung großen gesellschaftlichen Rückhalt.

Im Folgenden analysiere ich die Entstehungshintergründe und Handlungsstrategien der YASunidos. Die Daten für die Analyse basieren auf Methoden der partizipativen Aktionsforschung. Zwischen Februar und Oktober 2014 begleitete ich Akteure der YASunidos-Bewegung bei Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und internen Sitzungen in Cuenca und Quito. Darüber hinaus führte ich 15 leitfadengestützte Interviews mit und über YASunidos, wertete Dokumente, öffentliche Reden und Stellungnahmen von YASunidos-Mitgliedern und ihren Gegner_innen sowie die mediale Berichterstattung über

die Protest-Aktionen von YASunidos der zwei größten nationalen Tageszeitungen Ecuadors (*El Comercio* und *El Universo*) und der für die Region Azuay wichtigsten Tageszeitung *El Mercurio* von August 2013 bis Mai 2014 aus.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Zunächst widme ich mich dem theoretisch-konzeptionellen Rahmen meiner Analyse. Anschließend stelle ich den Gegenstand der Mobilisierung, die Erdölförderung im Yasuní Nationalpark, vor. Im dritten Teil analysiere ich die Entstehung und das Handeln der YASunidos Bewegung im Spannungsverhältnis zwischen Rohstoffabhängigkeit und Demokratie. Anknüpfend werden die politischen Hintergründe für die Entstehung von YASunidos aufgearbeitet und schließlich das Handeln der Bewegung und ihrer politischen Gegner analysiert. Diese Analyse führt zum Fazit mit Rückschlüssen für ähnliche Fälle. Der Bewegung ist es gelungen, eine gesellschaftliche Debatte über die Frage auszulösen, *wer* und *wie* über die Förderung von Rohstoffen entscheidet. Bis heute spielt diese Debatte eine große Rolle in Ecuador, was sich auch im Wahlkampf um das Präsidentenamt 2017 zeigt.

2 | Political Opportunity Structures

YASunidos verstehe ich in diesem Beitrag als ‚soziale Bewegung‘. Soziale Bewegungen sind Gruppen, die netzwerkartig verbunden sind und in einem Konflikt mit einem klar identifizierten Gegner stehen (Della Porta/Diani 2006: 33). Sie verbindet eine kollektive Identität und ihr Ziel ist es, „sozialen Wandel (...) herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“ (Rucht 2004: 868). Die YASunidos-Bewegung vereint unterschiedliche umweltpolitische, indigene, linke und

feministische Organisationen und hat das gemeinsame Ziel, die Erdölförderung im Yasuní-ITT zu verhindern. Die Mitglieder erarbeiteten gemeinsame Grundsätze, die zur Entwicklung einer kollektiven Identität der Bewegung beitrugen (vgl. Vázquez et al. 2015: 19ff.). YASunidos steht im Konflikt mit der Regierung Correa, weil diese die Yasuní-ITT-Initiative aufkündigte. Die YASunidos-Bewegung befindet sich somit in Opposition zur Regierung Correa, wenngleich sich die Bewegung als unparteiisch definiert und auch Unterstützer_innen der Regierung Correas bei YASunidos mitwirken.

Um zu untersuchen, wie sich das skizzierte Spannungsverhältnis von Extraktivismus und Demokratie auf das Handeln sozialer Akteure auswirkt, eignen sich strukturtheoretische Erklärungsansätze der Bewegungsforschung. Sie gehen davon aus, dass die *Wie* und *Warum*-Gründe des Entstehens von sozialen Bewegungen in den politisch-institutionellen Strukturen der jeweiligen Gesellschaften gesucht werden müssen, in welchen sich die Bewegungen entwickeln (Kern 2008: 11).

Von besonderer Relevanz für die vorliegende Analyse ist der Ansatz der *Political Opportunity Structure* (POS). Er postuliert die Untersuchung der Entstehung und Handlungsmöglichkeiten von sozialen Bewegungen vor dem Hintergrund der jeweiligen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen.

Bewegungsforscher_innen haben verschiedene Kriterien entwickelt, um die politischen Rahmenbedingungen für soziale Bewegungen zu untersuchen. In der Entstehungszeit des POS-Ansatzes lag der Fokus auf den Strukturen des politischen Regimes, politischen Problemlösungsstrategien und der politischen Kultur eines Staates (Brand 1985: 14f.). In der aktuellen Bewegungsforschung wird des Weiteren davon ausgegangen, dass sich politische Gelegenheitsstrukturen maßgeblich aus

der Interaktion zwischen *institutionellen* und *nicht-institutionellen* Akteuren konstituieren (Della Porta/ Diani 2006: 196). Die Bewegungsforscher_innen Doug McAdam und Donatella Della Porta stellten in den 1990er Jahren die These auf, dass die Implementierung demokratischer Grundrechte wie beispielsweise die freie Meinungsäußerung, das Entstehen sozialer Bewegungen begünstige (McAdam 1996, Della Porta 1996). Della Porta wies zudem mit einer komparativen Langzeitstudie nach, dass soziale Bewegungen zunehmen und erstarken, wenn staatliche Institutionen auf diese zugehen. Reagierte der Staat mit Repressionen, nahmen die Bewegungen tendenziell ab und radikalisierten sich (Della Porta 1996: 90). Als Gegenthese formulierte Vincent Boudreau, dass soziale Bewegungen insbesondere in geschlossenen politischen Systemen entstünden und für eine Demokratisierung des Systems kämpften (Boudreau 1996).

3| Von der Yasuní-ITT-Initiative zur YASunidos-Bewegung

Die Entstehung und das Handeln der YASunidos Bewegung ist eingebettet in jahrzehntelange Proteste von Indigenen, Umweltbewegungen und lokalen Gemeinden gegen die Ausweitung der Rohstoffförderung in Ecuador. Aufgrund zahlreicher von der Erdölförderung hervorgerufener Umweltkatastrophen wendet sich ein Großteil des Protests seit Jahrzehnten gegen die Fortsetzung der Erdölförderung.

3.1| Die Yasuní-ITT-Initiative und die Verfassung von 2008

In den 1990er Jahren ging aus diesem Widerstand die Idee eines Erdölmoratoriums für den biodiversen Yasuní-Regenwald im Osten des Landes hervor. Entwickelt wurde die Idee Ende der 1990er Jahre von ecuadorianischen Umweltorganisationen und Gemeinden,

die von der Erdölverschmutzung durch den US-amerikanischen Konzern Chevron-Texaco im Nordosten Ecuadors betroffen waren. Sie forderten den ecuadorianischen Staat auf, die Erdölvorkommen im Yasuní-Nationalpark nicht zu fördern, um die Natur und indigene Völker zu schützen (Acosta 2012: 99).

Die Idee fand zunächst kein Gehör bei politischen Entscheidungsträger_innen, Konzessionen wurden an Erdölfirmen vergeben und erste Förderungen in dem artenreichen Regenwald begannen. Insgesamt ist das Amazonasgebiet Ecuadors heute in 14 Erdölblöcke aufgeteilt, die jeweils etwa 200.000 Hektar groß sind. Allein der Erdölblock 31 und die ITT-Quellen blieben aufgrund von technischen Schwierigkeiten und politischer Instabilität lange Zeit unberührt.

Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch, ging der Erfolg der amtierenden linksgerichteten Partei *Alianza País* (AP) im Jahr 2006 auf ihren Zusammenschluss mit vielen unterschiedlichen reformorientierten Organisationen der Linken zurück, die sich seit Ende der 1990er Jahre gegen die neoliberale Politik der kurz aufeinanderfolgenden Regierungen⁵ gerichtet hatten (Grabbendorff 2013: 1). Zu wichtigen Partnerorganisationen gehörten Gewerkschaften, indigene Bewegungen und Umweltaktivist_innen (Recalde 2006: 20). Rafael Correa trat sein Amt 2007 mit dem Versprechen an, den Kampf gegen die Armut und die Einkommensungleichheit anzugehen, die Partizipationsmöglichkeiten in der präsidentiellen Demokratie auszubauen und die vom Rohstoffabbau abhängige Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten. Für die Umsetzung dieser Ziele beschloss die Regierung Correa 2006 mit hoher zivilgesellschaftlicher Partizipation die Erarbeitung einer neuen Verfassung. Indigene- und Umweltschutzgruppen setzten sich für eine Verankerung des

*Buen Vivir*⁶ ein, das in der Präambel der 2008 verabschiedeten Verfassung als übergeordnetes Leitbild definiert wird. Aus dem Konzept leitet sich die weltweit erstmalige Einführung der Rechte der Natur ab, die in einem eigenen Kapitel in der Verfassung definiert werden. Neben der Möglichkeit für jede einzelne Person oder Lebensgemeinschaft, die Rechte der Natur einzuklagen, werden auch Pflichten des Staates definiert, um die Natur zu schützen und zu erhalten (*Constitución de la Republica Ecuador* (CdE) del 2008).

Zudem wurden fortschrittliche politische Teilhaberechte mit der Hoffnung verankert, die Demokratie gesellschaftlich zu stärken, die in den vorherigen 30 Jahren von großer Instabilität geprägt war (Grabbendorf 2013: 4).

Ausdruck der nachhaltigen Umgestaltung der ecuadorianischen Wirtschaft und der verfassten Rechte der Natur wurde die 2007 verabschiedete und international viel beachtete staatliche Yasuní-ITT-Initiative. Sie knüpfte an die zivilgesellschaftlichen Ideen des Erdölmoratoriums an, beschränkte sich aber auf die ITT-Quellen und machte ihre Nicht-Förderung von internationalen Kompensationszahlungen abhängig (Acosta 2014).

3.2| Rohstoffausbeutung, Sozialpolitik, Zentralisierung

Parallel zur Yasuní-ITT Initiative weitete die Regierung Correas die Rohstoffförderung in Ecuador aus und perpetuierte damit die historisch verankerte Abhängigkeit des Staatshaushaltes und der Wirtschaft Ecuadors von Rohstoffexporten. Seit den 1990er Jahren ist der Export natürlicher Rohstoffe⁷ aus Ecuador stetig angestiegen und machte 2010 mehr als 85 Prozent an den Gesamtexporten aus (Matthes 2012: 74, 82). Der Anteil der Rohstoffrenten am Bruttoinlandsprodukt des Landes ist seit 2005 kontinuierlich um

drei bis fünf Prozentpunkte pro Jahr gestiegen und lag 2010 bei 20,6 Prozent (Weltbank 2016). Besonders hoch ist die Abhängigkeit von der Erdölförderung (Acosta/ Cajas-Guijarro 2015). Im Jahr 2012 machten die Renteneinnahmen aus dieser Rohstoffförderung über 40 Prozent des Staatshaushaltes aus (Dávalos 2013: 6). Vor dem Hintergrund erhöhter Staatseinnahmen aus der Rohstoffförderung und verbunden mit dem Ziel, Armut und Ungleichheit zu reduzieren, erhöhte die Regierung Correa die Staatsausgaben zur Armutsbekämpfung in einem Ausmaß wie keine der vorherigen Regierungen Ecuadors. Durch steigende Transferleistungen konnte die nationale Armutsquote von 36,7 Prozent im Jahr 2007 auf 12 Prozent im Jahr 2013 gesenkt werden (CEPAL 2015: 61). Correa betonte, dass die sozialpolitischen Investitionen von den Rohstoffrenten abhängig seien und legitimiert so weitere Rohstoffförderung, während Proteste dagegen zunehmen, deligitimiert und kriminalisiert er diese (Acosta/ Sacher 2012: 9).

Insbesondere aufgrund wachsender Kritik Indigener und Umweltorganisationen an der Rohstoffpolitik der Regierung, verfolgte Präsident Correa ab 2009 eine Zentralisierung dieses Politikfelds. Dies zeigte sich einerseits in der Ausarbeitung eines neuen Bergbaugesetzes ab 2010, welches 2013 verabschiedet wurde. Es schränkt die Mitbestimmung der Kommunen, lokalen Gemeinden und indigenen Gruppen an Bergbauprojekten ein und sieht offenen Tagebau vor, der zuvor in Ecuador verboten war. Andererseits verfolgte die Regierung Correa eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Gegner_innen von Rohstoffförderprojekten und ging zunehmend autoritär gegen diese vor. Mit der Verabschiedung des Präsidialdekrets Nr. 16 im Jahr 2013 wurden politische Teilhaberechte massiv eingeschränkt. Das Dekret regelt die Aktivitäten von NGOs, Vereinen und

Kollektiven umfassend und besagt, dass sich diese einzig ihrem Gründungszweck zu widmen und jeglicher politischer Aktivität, insbesondere der Störung der öffentlichen Ordnung, zu enthalten hätten (Correa 2013). Seit Verabschiedung dieses Dekrets ist die staatliche Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen angestiegen, einer Organisation wurde bereits das Vereinsrecht entzogen, womit sie de facto geschlossen wurde. Bei Demonstrationen kommt es seit 2013 mehrfach zu Polizeigewalt, von den privaten Medien des Landes wird der Regierungskurs gegenüber sozialen Bewegungen zunehmend kritisch bewertet (vgl. Celi 2014). Sowohl das neue Gewerkschaftsgesetz als auch das neue Wassergesetz (beide 2015 verabschiedet) setzen auf eine Zentralisierung politischer Entscheidungen und schränken lokale Gemeinden in ihrer Mitbestimmung und politischen Ausgestaltung stark ein. Vor diesem Hintergrund mehren sich die Stimmen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, die der politischen Führung des Landes einen autoritären Regierungsstil vorwerfen (vgl. De la Torre, 2013, Schwirkus 2014a).

3.3 | Das Ende der Yasuní-ITT-Initiative

Im August 2013 erklärte Präsident Correa im ecuadorianischen Parlament die Yasuní-ITT-Initiative jedoch mit der Begründung für gescheitert, die internationale Staatengemeinschaft habe zu wenig Gelder an Ecuador überwiesen und das Land somit „im Stich gelassen“. Gleichzeitig kündigte er an, die ITT-Quellen so schnell wie möglich zur Förderung freigeben zu wollen, um den „Kampf gegen die Armut“ seiner Regierung weiter finanzieren zu können (vgl. Araujo 2014)⁸.

Diese Präsidentenansprache löste unmittelbar Proteste in den Städten

Ecuadors aus. Bürger_innen zogen aus Kritik an der Entscheidung Correas zu Demonstrationen auf die Straßen und forderten die Regierung auf, Yasuní-ITT weiterhin zu schützen. Aus diesen Protesten entstand im August 2013 die Bewegung YASunidos.

Die bis dato auch von der Regierung unterstützte Yasuní-ITT-Initiative begünstigte das Entstehen der Bewegung: Sechs Jahre lang spielte die Initiative eine entscheidende Rolle in den außenpolitischen Beziehungen Ecuadors und sorgte auch innenpolitisch immer wieder für Medienaufmerksamkeit, weil Correa stets betonte, das Erdöl zu fördern, sofern die internationale Staatengemeinschaft nicht genügend finanzielle Mittel bereitstellen sollte. Diese Aussage begünstigte eine kontinuierliche Mobilisierung von Umweltorganisationen, die eine konsequente Verfolgung der Initiative forderten (vgl. Acosta et al. 2009: 440). Die YASunidos-Bewegung konnte an diesen „alten“ Konflikt zwischen der Regierung Correa und Umweltorganisationen. Besonders ist an dem Fall, dass die Regierung Correa zunächst selbst den Schutz des Yasuní-ITT-Gebiets politisch verfolgte, seit der Aufkündigung der Initiative jedoch versucht, die gesellschaftliche Debatte über die Erdölförderung zu unterbinden (vgl. Bayón 2014).

4| YASunidos - Entstehung und Handeln von Bewegungen im Neo-Extraktivismus

Die mit der Regierungsübernahme Rafael Correas 2007 verbundenen politisch-institutionellen Veränderungen (Verfassungsänderung), die ab 2009 zu beobachtende Tendenz einer wachsenden Zentralisierung sowie die Yasuni-ITT-Initiative selbst, konstituieren die besonderen Rahmenbedingungen, unter denen die YASunidos-Bewegung

entstanden ist und als kollektiver Akteur handelt. Die Aufkündigung der Yasuni-ITT-Initiative seitens der Regierung stellte einen Bruch zwischen dieser und Bewegungsakteuren in der Frage der Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark dar. Dieser Bruch öffnete ein politisches Gelegenheitsfenster für Indigene und Umweltschutzgruppen für die Gründung einer landesweiten Bewegung zum Schutz des Yasuní. Bei der Rekrutierung von Mitgliedern konnten die Bewegungs-Initiator_innen die zuvor staatliche Initiative zum Schutz des Yasuní für sich nutzen. Erst durch diese Initiative hatten viele Ecuadorianer_innen ein Umweltbewusstsein für den Amazonas und die dort lebende Bevölkerung entwickelt. Zudem konnten die Bewegungsmitglieder auf bereits existierende Umweltschutzorganisationen zurückgreifen, die sich im Rahmen der zuvor existierenden Umweltkonflikte gebildet hatten und sich auch schon in früheren Jahren für den Schutz des Yasuní-ITTs auf politischer Ebene eingesetzt hatten.

Entscheidend für das Entstehen der YASunidos-Bewegung waren somit auf der einen Seite die neuen politischen Teilhaberechte und die Verankerung der Naturrechte in der Verfassung von 2008 sowie eine erste Phase der Stabilisierung der Demokratie (durch die Wiederwahl des Präsidenten 2013 und die bis dahin anhaltende große Unterstützung der Regierungspartei AP in demokratischen Wahlen). Auf der anderen Seite standen alte politische Konfliktthemen um die Entscheidung über Rohstoffförderung in einem von Interessen umkämpften Gebiet. Die Verfassung von 2008 schuf neue Räume für Partizipation, blieb jedoch im System der repräsentativen Demokratie verhaftet. Indem soziale Bewegungen wie YASunidos sich einerseits auf diese Teilhaberechte beziehen und andererseits außerhalb staatlicher

Institutionen agieren, können sie als „Motoren der Demokratisierung“ (Wolff 2012: 79) verstanden werden – indem sie den Machtapparat des Staates hinterfragen und sich für politische Teilhabe einsetzen, die über staatliche Institutionen hinausgeht (Alvarez/ Escobar 1992: 25-29).

4.1| Protestmobilisierung und nationales Referendum

Noch während des Entstehungsprozesses von YASunidos entschieden sich Bewegungsmitglieder in Quito, die formalen Schritte für ein von Bürger_innen initiiertes Referendum über die Erdölförderung im Yasuní-ITT zu gehen, wie sie in Artikel 104 und 106 der Verfassung festgeschrieben sind (Vázquez et al. 2015: 20). Die Wahl dieser Strategie lässt sich mit den politischen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Entstehens der Bewegung erklären. Von besonderer Bedeutung ist diesbezüglich die Verfassung von 2008. Zum einen, weil sie erstmals in der Geschichte Ecuadors Bürger_innen das Recht gibt, nationale Referenden über Fragen des Gemeinwohls einzuleiten und die Natur als eigenes Rechtssubjekt definiert. Zum anderen, weil der Verfassungstext unter großer zivilgesellschaftlicher Partizipation ausgearbeitet und verabschiedet wurde und somit in der ecuadorianischen Bevölkerung sehr bekannt ist (Schilling-Vacaflor/ Barrera 2011: 3). Vor diesem Hintergrund wird der These der POS-Vertreter_innen Mc Adam und Della Porta aus den 1990er Jahren gefolgt, wonach die Einführung demokratischer Rechte und die Konsolidierung der Demokratie das Entstehen von sozialen Bewegungen begünstigt. Wenngleich die amtierende Regierung Correa zunehmend autoritär gegen soziale Bewegungen vorgeht, sorgte sie zunächst für die Konsolidierung der

präsidientlichen Demokratie, welche durch die vielen Regierungswechsel in den 1990er Jahren stark erschüttert war.

Die Forderung nach einem nationalen Referendum über die Erdölförderung der ITT-Quellen wurde zum zentralen Streitthema zwischen der Regierung und YASunidos, weil die Verfassung die Förderung von Rohstoffen in geschützten Gebieten wie dem Yasuní-ITT verbietet und für Ausnahmen von diesem Verbot das ‚nationale Interesse‘ an der Rohstoffausbeutung festgestellt werden muss. Zur Feststellung des nationalen Interesses kann laut Verfassungstext ein nationales Referendum stattfinden, welches der Präsident oder das Parlament einberufen kann. Präsident Correa gab jedoch kurz nach Aufkündigung der Yasuní-ITT-Initiative bekannt, selbst kein Referendum einzuleiten und rief das Parlament zur Prüfung des Interesses an (Schwirkus 2013). Auch das Parlament entschied sich gegen die Einberufung eines nationalen Referendums und stattdessen für eine parlamentarische Abstimmung. Vor diesem Hintergrund mobilisierte YASunidos Ende August 2013 zu öffentlichem Protest und forderte die ecuadorianische Bevölkerung dazu auf, sich für ein nationales Referendum einzusetzen. In den darauffolgenden Wochen wuchs die Bewegung beständig. In allen größeren Städten Ecuadors bildeten sich YASunidos-Gruppen, die sich mithilfe sozialer Medien und physischer Treffen national vernetzten (vgl. Vazquez et. al 2015: 20f.).

4.2| Gegenbewegungen und Repressionen des Staates

Gleichzeitig ging die Regierung Correa gezielt gegen YASunidos vor. So gründeten amtierende AP-Bürgermeister eine Gegeninitiative, namens *Amazonía Vive*, die ebenfalls für ein nationales Referendum

über die Erdölförderung im Yasuní-ITT eintrat. Das öffentliche Auftreten dieser Initiative verkomplizierte die Nachvollziehbarkeit der Debatte um die Förderung der ITT-Quellen und lud sie politisch auf (Vázquez et al. 2015: 57). Die Anhänger_innen von *Amazonía Vive* störten Protestaktionen von YASunidos, plagiierten Kampagnen und diffamierten die YASunidos-Bewegung (Schwirkus 2014b). Für die ecuadorianische Bürger_innen war es zunehmend unklar, wo sie welches Unterschriftenformular unterschreiben sollten, worin sich die verschiedenen Initiativen unterschieden und worüber letztendlich ein Referendum stattfinden sollte.

Correa warf der YASunidos-Bewegung in seinen wöchentlichen Fernsehansprachen vor, unrechtmäßige Mittel für ihren Protest einzusetzen und zu Gewalt aufzurufen (Secretaría Nacional de Comunicación 2013a, b). Abgeleitet von diesem Vorwurf forderte er seine Regierung auf, der Nichtregierungsorganisation Pachamama das Vereinsrecht zu entziehen, da sie im Vorfeld einer Demonstration zu Gewalt aufgerufen habe. Das Umweltministerium kam dieser Forderung im Dezember 2013 nach und veranlasste die Schließung der NGO zu einem Zeitpunkt, zu welchem keine Beweise vorlagen, die den Vorwurf des Präsidenten stützten (La Hora 2013). Des Weiteren setzte die Regierung Polizei und Militärkräfte zur Räumung einer Straßensperre von YASunidos im April 2014 ein, mit der die Bewegung gegen die Verlegung der Prüfung der eingereichten Unterschriftenlisten vom Hauptsitz des nationalen Wahlrates (CNE) auf ein ehemaliges Militärgelände protestierte. Die Blockade wurde unter Einsatz von Pfefferspray und Tränengas gewaltsam aufgelöst (Vázquez et al. 2015: 111ff.).

Auch der CNE, zu dessen Aufgabe es gehört, Partizipationsrechte und die Durchführung freier Wahlen zu

garantieren, blockierte YASunidos, wo es ihm möglich war. Besonders gravierend für YASunidos war, dass der CNE keine klaren Richtlinien verabschiedete, welche Formalien die Unterschriftenlisten für ihre Anerkennung durch die Institution erfüllen müssten. So gab der Präsident des CNE, Paul Salazar, erst in einem Fernsehinterview am 14. März 2014 bekannt, dass die Unterschriftenlisten, die YASunidos in den Monaten zuvor auf Zeitungspapier abdrucken lassen hatte, wegen des Papiers nicht anerkannt würden.

Bei der Prüfung der Unterschriftenlisten auf ihre Authentizität handelte der CNE höchst fragwürdig. So konnte YASunidos nachweisen, dass die Institution versuchte, von der Bewegung eingereichtes Datenmaterial verschwinden zu lassen, um Unterschriftenlisten für ungültig erklären zu können (Vázquez et al. 2015: 108.). Der CNE verweigerte YASunidos zudem, zu Beginn der Unterschriftenprüfung an diesem Prozess teilzunehmen, obwohl die ecuadorianische Verfassung den Initiatoren von Bürgerbegehren dieses Recht zuspricht. Das Ergebnis der Unterschriftenprüfung war, dass der CNE mehr als 60 Prozent der 856.704 eingereichten Unterschriften als „ungültig“ erklärte und ein nationales Referendum ausschloss. Als Grund für dieses Ergebnis nannte der Präsident des CNE fehlende Ausweiskopien von Unterschriftensammler_innen und unvollständige oder falsche Angaben der Unterzeichner_innen (El Comercio 06.05.2014). YASunidos warf dem CNE Betrug bei der Prüfung der Unterschriftenlisten vor und protestierte gegen das Ergebnis, indem die Bewegung die Kampagne *Democracia en Extinción* (Demokratie in Bedrohung) intensivierte, die sie zu Beginn des Verifikationsprozesses initiiert hatte und zahlreiche *Smart Mobs*⁹ in Quito und Cuenca durchführte (El Comercio, 13.05.2014).

Ende Mai 2014 erteilte das Umweltministerium dem Erdölkonzern Petroamazonas eine Umweltlizenz zur Erdölförderung der Quellen Tambococha und Tiputini, obwohl YASunidos das Ergebnis des Verifikationsprozesses beim Nationalen Wahlgericht angefochten hatte und der Rechtsstreit mit dem CNE noch nicht beigelegt worden war (El Comercio, 23.05.2014). Der CNE und die Regierung unterdrückten mit ihren Handlungen die YASunidos-Bewegung in ihrem Bestreben, ein nationales Referendum über die Frage einzuleiten, ob das Erdöl im Yasuní-ITT gefördert werden sollte oder nicht.

5 | Fazit

Das Handeln der staatlichen Institutionen Ecuadors im Konflikt um die Erdölförderung im Yasuní Nationalpark verdeutlicht, dass eine Abhängigkeit von der Rohstoffausbeutung negative Effekte für die demokratische Entwicklung eines Landes haben kann. Dennoch schaffte es YASunidos von August 2013 bis Mai 2014 die ecuadorianische Gesellschaft für die Frage zu mobilisieren, wer über die Rohstoffförderung wie entscheidet. Dies zeigt, dass progressive politische Teilhaberechte in Verfassungen Handlungsspielräume für soziale Bewegungen bieten. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass die Konsolidierung der Demokratie zwar positive politische Rahmenbedingungen für das Entstehen sozialer Bewegungen bietet, ihre politische Partizipation und Wirkungsmacht im Staat jedoch von den real existierenden politischen Herrschaftsverhältnissen abhängig ist. Mit dem Protest gegen die Erdölförderung im Yasuní-ITT stellte die YASunidos-Bewegung die Herrschaftsverhältnisse in Ecuador in Frage, die seit der Unabhängigkeit des Landes stark mit dem Zugang zu natürlichen Ressourcen verbunden sind. Der Verdienst der Bewegung ist es, diesen Konflikt erkannt und mit der Handlungsstrategie, ein

nationales Referendum durchzuführen, problematisiert zu haben. Durch diese Strategie gelang es YASunidos weite Teile der ecuadorianischen Bevölkerung zu mobilisieren und den Diskurs über die Frage, wer mit welchen Mitteln über die Rohstoffausbeutung entscheidet, von akademischen Räumen und Umweltschutzgruppen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. An aktuellen Auseinandersetzungen über Bergbauprojekte in Ecuador zeigt sich, dass diese Frage auch zukünftig eine größere Rolle für die Politik Ecuadors spielen wird. YASunidos scheiterte mit dem Bestreben, ein nationales Referendum über die Erdölförderung im Yasuní-ITT zu initiieren, mobilisiert jedoch bis heute für den Schutz des ecuadorianischen Regenwaldes und setzt sich auch gegen neue Bergbauprojekte ein. Im Oktober 2016 hat der staatliche Erdölkonzern Petroamazonas mit der Förderung von Öl im Block Tiputini begonnen (Petroamazonas, 16.10.2016). Vor dem Hintergrund des internationalen Preisabfalls des Erdöls ist die Debatte über die Förderung der ITT-Quellen in Ecuador jedoch wieder aufgelebt und zahlreiche Kandidat_innen für die Präsidentschaftswahlen im Februar 2017 sprechen sich gegen die Erdölförderung der verbliebenen Quellen Tambococha und Ishpingo aus. Wenngleich die politischen Rahmenbedingungen im Entstehungszeitraum von YASunidos für Protesthandeln und politische Teilhabe positiv waren und die Bewegung diese Handlungsspielräume für sich nutzte, gingen die staatlichen ecuadorianischen Institutionen entschieden gegen die Bewegung vor und unterdrückten schließlich ein nationales Referendum über die Erdölförderung im Yasuní-ITT. Diese Entwicklung ist exemplarisch für das Handeln der amtierenden Regierung Ecuadors in sozial-ökologischen Konflikten. Denn entgegen der Wahlversprechen ist keine Abkehr von

der wirtschaftlichen Konzentration auf den Rohstoffabbau zu erkennen. So verfolgt die Regierung Correa auch den Einstieg in den offenen industriellen Tagebau und geht hierbei entschieden gegen Indigene und lokale Gemeinschaften vor, die sich weigern, Territorien zu verkaufen und den Bergbauprojekten zuzustimmen (Ecuavisa 11.08.2016). Die demokratischen Rechte wurden in der Verfassung 2008 formal ausgeweitet, doch Correa verwendet „(klare) autoritäre Tendenzen bei der Durchsetzung seiner Politik“ (Grabendorff 2013: 1) und weist zivilgesellschaftliche Kritik insbesondere an seiner Rohstoffpolitik entschieden zurück.

Im Jahr 2016 verabschiedete die Regierung Correa Verfassungsänderungen, die die progressiven demokratischen Teilhaberechte der 2008er Verfassung einschränken und zum Teil annullieren. So soll die Rohstoffförderung nicht mehr unter der Frage des Allgemeinwohls behandelt und mithin nicht zum Gegenstand von durch Bürger_innen initiierten Referenden werden können. Die Reformregierung Ecuadors baut hiermit genau die partizipativen Bürger_innenrechte ab, welche sie selbst einführte und für welche sie in der ersten Legislaturperiode (2007-2013) starken Rückhalt aus der Bevölkerung erhielt. Ende 2016 kündigte die Regierung an, die bekannteste Umweltorganisation Ecuadors, *Acción Ecológica*, aufzulösen. Dieser Schritt der kann als Reaktion auf Protestaktionen gegen die Rohstoffpolitik gesehen werden. Ein Referendum über die Förderung der Yasuní-ITT-Quellen wäre hingegen ein Vertrauensbeweis der amtierenden Regierung in die Demokratie Ecuadors gewesen.

Das Beispiel der YASunidos-Bewegung in Ecuador verdeutlicht, dass insbesondere „linke“ Regierungen versuchen sollten, ihre Politik durch die Bevölkerung demokratisch zu legitimieren und Raum für Mitgestaltung außerhalb der

staatlichen Institutionen zu lassen. Legen sie autokratische Zügel an, um ihre Macht abzusichern, verlieren sie ihre gesellschaftliche Basis und müssen die Demokratie beschneiden.

Der vorliegende Artikel hat gezeigt, wie schnell sich Gelegenheitsfenster für politischen Protest öffnen und wieder schließen können. Sie weisen darauf hin, dass die kritischen Bedenken innerhalb der Neo-Extraktivismus-Debatte bezüglich der Frage welches Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in einer auf Rohstoffabbau konzentrierten Wirtschaft entsteht, berechtigt sind. Am Beispiel von Ecuador konnte gezeigt werden, dass staatliche Akteure demokratische Bürger_innenrechte außer Kraft setzen und gegen soziale Bewegungen vorgehen, wenn der Rohstoffabbau in Frage gestellt wird.

Literatur

- Acosta, Alberto/Cajas-Guijarro, John* 2015: La crisis devela las costuras del manejo económico del correísmo. goo.gl/qBQS8o [02.05.2015].
- Acosta, Alberto* 2012: Hindernisse der Yasuní-IIT-Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie. In: FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL Verlag, 98-116.
- Acosta, Alberto/ Sacher, William* 2012: La minería a gran escala en Ecuador. Análisis y datos estadísticos sobre la minería industrial en el Ecuador. Quito: Abya Yala, RLS.
- Acosta, Alberto* 2011: Extractivismo y neoextractivismo: Dos caras de la misma maldición. In: Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo (Hg.):

- Más Allá del Desarrollo. Quito: Ediciones Abya Yala, Fundación Rosa Luxemburg, 83-121.
- Acosta, Alberto/Gudynas, Eduardo/Martínez, Esperanza/Vogel, Joseph* 2009: Dejar el crudo en tierra o la búsqueda del paraíso perdido: Elementos para una propuesta política y económica para la Iniciativa de no explotación del crudo del ITT. In: *Polis*, Heft 8, 429–452.
- Álvarez, Sonia E./ Escobar, Arturo* 1992: Introduction. In: *Alvarez, Sonia E./ Escobar, Arturo* (Hg.): *The Making of Social Movements in Latin America*. Boulder: Westview Press, 1-29.
- Araujo, Alberto* 2014: El plazo se vence para presentar las firmas. In: *El Comercio* 05.03.14, <http://www.elcomercio.com/actualidad/politica/plazo-se-vence-presentar-firmas.html> [20.12.2016].
- Boris, Dieter* 2013: Sozialismus des 21. Jahrhunderts. In: *Luxemburg* 2/2013, 114-120.
- Boudreau, Vincent* 1996: Northern theory, southern protest: Opportunity structure analysis in cross-national perspective. In: *Mobilization*, 1, 175-189.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina* 2014: „(Neo-) Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika“. In: Müller, Franziska et al. (Hg.): *Entwicklungstheorien: weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen. Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 48. Baden-Baden: Nomos, 128-165.
- Brand, Karl-Werner* 1985 (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Campus, Frankfurt am Main.
- Bayón, Manuel* 2014: Yasunidos, la movilización urbana por el Parque Nacional Yasuní. <http://www.laciudadviva.org/blogs/?p=23896> [19.02.2015].
- Celi, Estefanía* 2014: El Código Penal tipifica nuevos delitos políticos. In: *Diario EL COMERCIO*. <http://www.elcomercio.com/actualidad/codigo-penal-tipifica-nuevos-delitos.htm> [15.06.2015].
- CEPAL* 2015: *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile: Naciones Unidas.
- Correa Delgado, Rafael* 2013: Decreto Ejecutivo 16. <http://www.inclusion.gob.ec/wp-content/uploads/downloads/2014/11/Decreto-Ejecutivo-16.pdf> [15.06.2015].
- Dávalos, Pablo* 2013: Las falacias del discurso extractivista. http://www.alainet.org/images/Las%20falacias%20del%20extractivismo_PD.pdf. [03.11.2016].
- De la Torre, Carlos* 2013: El tecnopopulismo de Rafael Correa ¿Es compatible el carisma con la tecnocracia? In: *Álvarez, Freddy/Ávila, Ramiro et al.* (Hg.): *El correísmo al desnudo*. <http://montecristivive.com/wp-content/uploads/2015/01/el-correismo-al-desnudo-prensa.compressed.pdf> [30.04.2015].
- Della Porta, Donatella/ Diani, Mario* 2006: *Social Movements an Introduction*. Malden/Oxford: Blackwell.
- Della Porta, Donatella* 1996: *Social movements and the state: Thoughts on the policing of protest*. In: *Doug McAdam* (Hg.):

- Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings. New York: Cambridge University Press, 62-92.
- El Comercio* 06.05.2014: Firms recolectadas por Yasunidos no alcanzan para la consulta popular. goo.gl/F8VTTL, [20.12.2016].
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung (FDCL/RLS) 2012 (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL Verlag.
- Grabendorff, Wolf 2013: Ecuador – Zwischenbilanz der » Bürgerrevolution «. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Perspektive. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09816.pdf>, [17.04.2015].
- Gudynas, Eduardo 2012: Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL Verlag, 46-66.
- Honolka, Harro 2013: Einen Smart Mob organisieren. <http://www.anleitungen-buergerproteste.de/2013/11/einen-smart-mob-organisieren-aktion-44/> [03.06.2015].
- Kern, Thomas 2008: Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden, VS-Verlag.
- La Hora 2013: Gobierno disuelve ONG por 'atentar contra la seguridad'. http://www.lahora.com.ec/index.php/noticias/show/1101601560/-/Gobierno_disuelve_ONG%27s_por_%27atentar_contra_la_seguridad%27.html#.VFBT1vmG81J [18.03.2015].
- Matthes, Sebastian 2012: Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. OneWorld Perspektiven, Universität Kassel, Working Paper 02/2012.
- McAdam, Doug 1996: Conceptual origins, current problems, future directions. In: McAdam, Doug (Hg.): Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings. New York: Cambridge University Press, 23-40.
- Meschkat, Klaus 2013: „Buen Vivir“ als partizipativer Gegenentwurf. In: Luxemburg 2/2013, 120-125.
- Petroamazonas 16.10.2016: Pozos del Campo Tiputini encabezan la lista de potenciales de Petroamazonas EP con cifras superiores a 4.000 barriles diarios de petróleo. goo.gl/gtnrdL [20.12.2016].
- Recalde, Paulina 2006: Elecciones presidenciales 2006: una aproximación a los actores del proceso. In: Iconos. Revista de Ciencias Sociales. Nr. 27, Quito, 2007, 15-25.
- Rucht, Dieter 2004: Soziale Bewegungen. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. München: C.H. Beck, 868-871.
- Schilling-Vacaflor, Almut/ Barrera, Anna 2011: Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfeder für direkte Demokratie und soziale Rechte? In: GIGA Focus, 2. URL: http://www.giga-87hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1102.pdf, [12.03.2015].
- Schwirkus, Katharina 2014a: Erdölförderung um jeden Preis. Umweltaktivistin Esperanza

- Martínez über die Ressourcenpolitik der Regierung Ecuadors. In: Neues Deutschland, 10.06.2014, 10.
- Schwirkus, Katharina* 2014b: 600.000 Unterschriften gegen Ölbohrungen im Yasuní. Interview mit Jorge Espinosa, Mitbegründer des Bündnisses Yasunidos. In: Lateinamerika Nachrichten 477, Lateinamerika Nachrichten, Berlin.
- Schwirkus, Katharina* 2013: Ende Gelände. Ecuador will mit der Erdölförderung im Yasuní-ITT-Gebiet beginnen. In: Lateinamerika Nachrichten 471/472.
- Secretaría Nacional de Comunicación* 2013a: Enlace Ciudadano 351. <https://www.youtube.com/watch?v=6A3kK8PRjgo> [17.03.15].
- Secretaría Nacional de Comunicación* 2013b: Enlace Ciudadano 350. https://www.youtube.com/watch?v=E1c_OSry0gk [17.03.15].
- Svampa, Maristella* 2012: Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL Verlag, 14-23.
- Vázquez, Eva* et al. 2015: Estrategias de represión y control social del Estado ecuatoriano. Informe psicosocial en el caso Yasunidos. Colectivo de Investigación y Acción Psicosocial, Quito. <https://accionpsicosocial.files.wordpress.com/2015/01/informe-psicosocial-en-el-caso-yasunidos.pdf> [03.11.2016].
- Weltbank* 2016: Total natural resources rents (% of GDP) in Ecuador. <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.TOTL.RT.ZS?locations=EC> [03.11.2016].
- Wolff, Jonas* 2012: Demokratie in Bewegung. Neue soziale Bewegungen und die umkämpfte Demokratisierung der Demokratie in Argentinien, Bolivien und Ecuador. In: Hans-Jürgen Burchardt/Rainer Öhlschläger (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 77-91.

Anmerkungen

¹ Für hilfreiche Anmerkungen und Hinweise zu einer ersten Fassung danke ich Kristina Dietz.

² Spanisches Wortspiel aus „Yasuní“ (Name des ecuadorianischen Nationalparks) und „unidos“ (zu Deutsch: vereint)

³ Abkürzung für die Flüsse Ishpingo, Tambococha und Tiputini, die sich im Erdölblock 43 befinden. Nach ihnen wurden auch die dort vorhandenen Erdölquellen benannt.

⁴ Ein Barrel entspricht etwa 160 Liter.

⁵ Von 1996-2007 konnte kein Präsident Ecuadors seine reguläre Amtszeit beenden (Grabendorff 2013:1).

⁶ dt.: Gutes Leben. Das Konzept geht auf verschiedene indigene Völker zurück und ist insbesondere im Andenraum Lateinamerikas stark verbreitet. Es sieht ein harmonisches Leben der Menschen in der Gemeinschaft und mit der Natur vor.

⁷ Hiermit sind sowohl nachwachsende wie nicht nachwachsende Rohstoffe gemeint.

⁸ Die Yasuní-ITT-Initiative scheiterte aufgrund ausbleibender internationaler, insbesondere deutscher Zahlungen. Diese Versäumnisse der internationalen Staatengemeinschaft müssen jedoch auch vor dem Hintergrund Correas inkonsequenter Verfolgung der Initiative gesehen werden. So verfolgte Correa von Beginn an auch den Plan B, das Erdöl zu fördern, sofern die internationale Staatengemeinschaft nicht zügig zahle, vgl. Schwirkus 2013.

⁹ *Smart Mobs* gehen auf *Flashmobs* zurück. Bei einem *Falshmob* treffen Personen spontan an einem öffentlichen Ort zusammen und verhalten sich ungewöhnlich. Beispielsweise veranstalten sie eine Kissenschlacht mitten in der Innenstadt. Der *Smart Mob* setzt an diese Aktionsformen an, allerdings wird immer eine politische Botschaft

verfolgt. Die Aktionen sind einfach strukturiert und sollen unbeteiligte Personen zum Mitmachen anregen (Honolka 2013).

Katharina Schwirkus ist Politologin. Sie studierte in Kassel, Berlin und Ecuador und arbeitet als freie Journalistin in Berlin.
Kontakt: katharina.schwirkus@web.de